

Beteiligung an Studien zur atomaren Abschreckung in Europa – die Universität St. Gallen stösst in neue Dimensionen vor

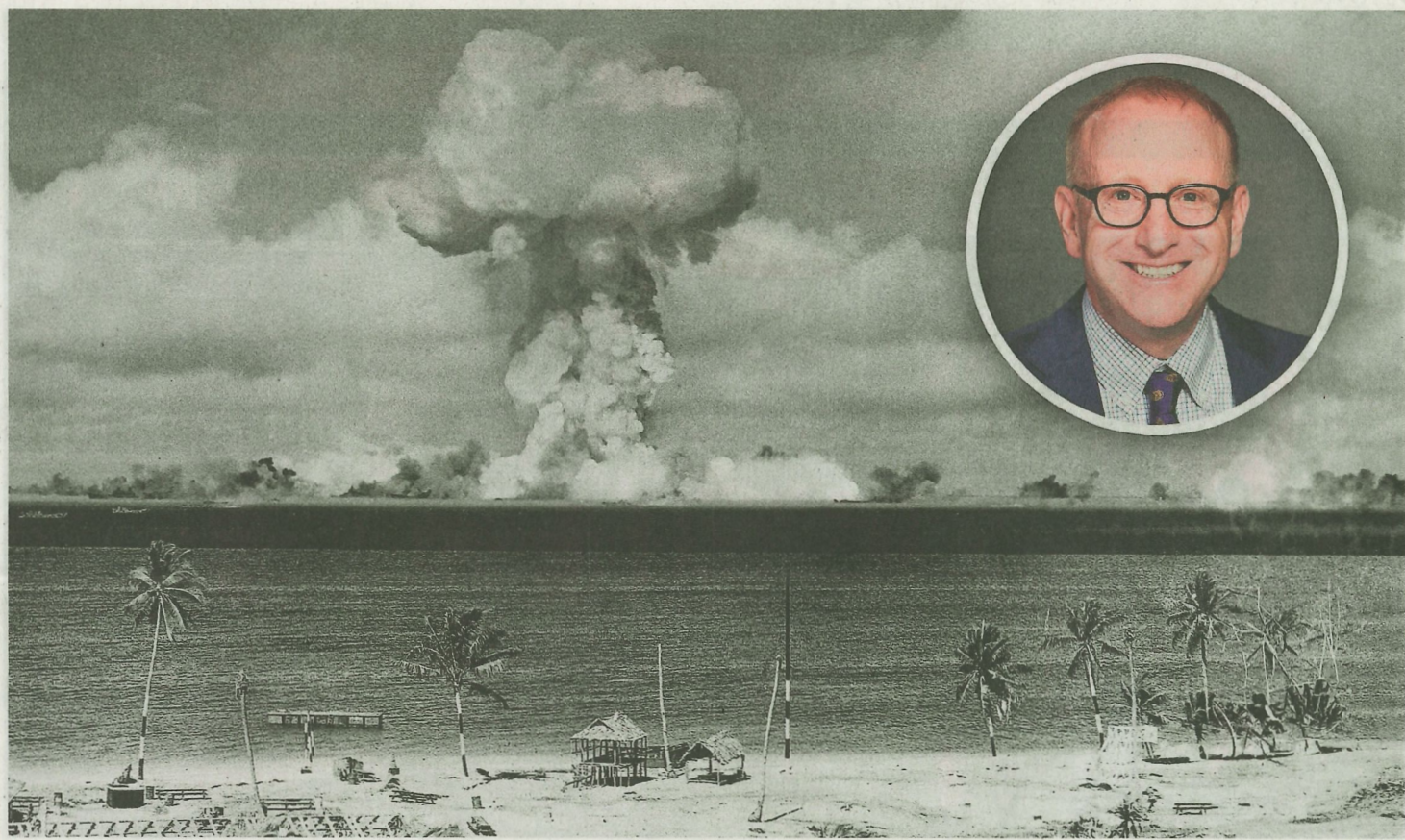
# Putin, der Atomkrieg und die HSG

Die Meldung ging ein wenig unter. Doch sie ist für die Universität St. Gallen, ja die ganze schweizerische Wissenschaft, mit enormem Prestige verbunden.

Russlands Herrscher Wladimir Putin droht Europa mit dem Einsatz von Atomwaffen. Die USA wiederum sind stark mit sich selbst beschäftigt und im Falle einer Wiederwahl von Donald Trump dräut ein Rückzug vom Alten Kontinent. Was heisst das nun für die nukleare Abschreckung in Europa? Was müssen die Staaten Europas tun, um ihre Sicherheit zu garantieren?

Die Fragen sind von grösster geo- und sicherheitspolitischer Bedeutung. Und just dieser Fragen nimmt sich ab sofort das Institut für Politikwissenschaft der HSG gemeinsam mit der Münchner Sicherheitskonferenz – dem wichtigsten sicherheitspolitischen Treffen der Welt – an. Ziel der «European Nuclear Study Group» ist es, Politik und Wissenschaft zusammenzubringen und Handlungsoptionen aufzuzeigen.

Zu verdanken hat die HSG das Engagement in einer zentralen Frage der politischen Gegenwart ihrem Professor James W. Davis. Der Amerikaner ist seit 2005 in der Ostschweiz engagiert. Seine Spezialgebiete sind gemäss Wikipedia die US-Aussen- und Sicherheitspolitik, die internationale Politik sowie die transatlantischen Beziehungen. Davis wird die Forschungsgruppe gemeinsam mit Claudia Mayor, einer gefragten Expertin im Bereich der internationalen Sicherheit der Berliner Stiftung für Wissen-



HSG-Professor James W. Davis forscht über die nukleare Abschreckungsstrategie Europas.

Bilder: key, zvg

schaft und Politik, leiten. Spätestens 2025 sollen der Öffentlichkeit an der Münchner Sicherheitskonferenz erste Erkenntnisse präsentiert werden.

Die Episode katapultiert die Ostschweizer Universität politisch-strategisch in eine andere Liga. Und sie legt offen, wie wenig durchdacht innenpolitische Forderungen nach einem Verbot und einer Ächtung von Atomwaffen sind. Das Parlament in Bern hat den Bundesrat zwar aufgefordert, den Atomwaffenverbotsvertrag (TPNW) zu unterzeichnen. Und Swisspeace-Direktor Laurent Götschel hofft auf eine Volksinitiative, wie er vor

einem Monat in dieser Zeitung schrieb. Doch die Regierung hat sich bisher zu Recht geweigert, diesen Schritt zu unternehmen. Die jüngste Beteiligung einer Schweizer Universität an einem europäischen nuklearstrategischen Forschungsprogramm ist ein weiterer Grund, es nicht zu tun.

Natürlich sind Atomwaffen schrecklich und ihre Verwendung mit höchsten Risiken für die Menschheit verbunden. Dennoch wäre es falsch, als Staat aus pazifistischem Idealismus Atomwaffen offiziell zu ächten. Man sollte nicht vergessen, dass insbesondere auch die Schweiz uneingeschränkt vom atomaren Schirm

der USA, den diese über Europa gespannt haben, profitiert. Sollte infolge einer Wiederwahl von Donald Trump diese Abschreckung infrage gestellt werden, ändert sich auch die Sicherheitslage der Schweiz dramatisch. Anstatt einfach die Augen zu schliessen und an das Gute im Menschen zu glauben, sollten wir uns aktiv an den Diskussionen über eine europäische nukleare Abschreckung beteiligen – auch und gerade als kleines, neutrales Land, das ausserhalb der Nato positioniert ist. Letztlich ist die Sicherheit Europas unsere Sicherheit. Und die Strategie der Nato ist, ob wir wollen oder nicht, unsere Strategie. Mit dem Angriff Russlands auf die

Ukraine haben sich die Zeiten geändert. Wir sollten uns den neuen Realitäten ohne Scheuklappen stellen. Die Schweiz hat jedes Interesse, mit ihren Nachbarn militärisch zu kooperieren und gemeinsame Wege zur Verteidigung von Freiheit und Demokratie auszuloten. Dazu gehören in letzter Konsequenz auch Atomwaffen.



Stefan Schmid  
stefan.schmid@chmedia.ch